

Hinweis: Vor Bekanntmachung im Nachrichtenblatt Hochschule (NBI. HS MBWFK Schl.-H.) besitzt die Satzung Entwurfscharakter

Promotionsordnung (Satzung) der Fakultät III der Europa-Universität Flensburg

Vom **XX. XX 202X**

Bekanntmachung im NBI. HS MBWFK Schl.-H., S. **XX**
Tag der amtlichen Bekanntmachung auf der Internetseite der EUF: **XX. XX 202X**

Aufgrund von § 52 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 54 Absatz 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2016 (GVOBI. Schl.-H. S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. März 2025 (GVOBI. Schl.-H. 2025/26, S. 45) wird nach Beschlussfassung durch den Konvent der Fakultät III der Europa-Universität Flensburg vom **XX. XX 202X** die folgende Satzung erlassen. Die Genehmigung des Präsidiums der Europa-Universität Flensburg ist am **XX. XX 202X** erfolgt.

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Regelungsgegenstand
- § 2 Promotion und Promotionsverfahren
- § 3 Beteiligte
- § 4 Promotionsausschuss
- § 5 Prüfungskommission
- § 6 Gutachterinnen oder Gutachter
- § 7 Betreuungsverhältnisse

Abschnitt 2 – Zulassung zum Promotionsverfahren

- § 8 Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren
- § 9 Verfahren zur Zulassung zum Promotionsverfahren
- § 10 Einschreibung als Promotionsstudierende

Abschnitt 3 – Promotionsprüfung

- § 11 Gegenstand und Ablauf der Promotionsprüfung
- § 12 Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotionsprüfung
- § 13 Verfahren zur Zulassung zur Promotionsprüfung
- § 14 Dissertation
- § 15 Begutachtungsverfahren
- § 16 Annahme oder Ablehnung der Dissertation
- § 17 Disputation
- § 18 Bewertung der Promotionsleistungen
- § 19 Wiederholung und Rücktritt von der Promotionsprüfung

Abschnitt 4 – Veröffentlichung und Vollzug der Promotion

- § 20 Veröffentlichung der Dissertation
- § 21 Vollzug der Promotion

Abschnitt 5 – Sonstige Regelungen

- § 22 Anerkennung besonderer Bedürfnisse
- § 23 Täuschung, Entziehung des Doktorgrades
- § 24 Widerspruchsverfahren und Überdenkung
- § 25 Ehrenpromotion

Abschnitt 6 – Schlussbestimmungen

- § 26 Übergangsbestimmungen
- § 27 Inkrafttreten

Anlagen

- Anlage 1 – Allgemeine Kriterienliste für kumulative Promotionen
- Anlage 2 – Kriterienliste für kumulative Dissertationen in den Fächern Politikwissenschaften und Soziologie
- Anlage 3 – Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Bereich Energiewissenschaften
- Anlage 4 – Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Psychologie
- Anlage 5 – Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Wirtschaftswissenschaften
- Anlage 6 – Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Erziehungswissenschaft

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Regelungsgegenstand

(1) Auf Grundlage dieser Ordnung wird das Promotionsverfahren für Doktorandinnen und Doktoranden der Fakultät III vom Promotionsausschuss der Fakultät III (im Folgenden Promotionsausschuss) durchgeführt und verleiht die Fakultät III der Europa-Universität Flensburg die Doktorgrade einer Doktorin oder eines Doktors

1. der Philosophie (Dr. phil.),
2. der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.) und
3. der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.).

Kommentiert [PM1]: s. dazu die Argumente des Interdisziplinären Instituts für Umwelt-, Sozial- und Humanwissenschaften im [Anhang \(Punkt 1\)](#)

(2) Nach Maßgabe von § 25 dieser Ordnung kann die Fakultät III der Europa-Universität Flensburg ehrenhalber Grad und Würde einer Doktorin oder eines Doktors (Dr. h.c.) verleihen.

(3) Kooperative Promotionsvorhaben im Rahmen von nationalen oder internationalen Promotionsprogrammen oder gemeinsam mit einer ausländischen oder inländischen Hochschule oder außerhochschulischen Forschungseinrichtung können auf Grundlage von individuellen Kooperationsvereinbarungen durchgeführt werden. Das Nähere regelt die Satzung der Fakultät III der Europa-Universität Flensburg für kooperative Promotionsverfahren.

§ 2 Promotion und Promotionsverfahren

(1) Durch die Promotion wird eine vertiefte und selbstständige wissenschaftliche Arbeit nachgewiesen. Eine wissenschaftliche Arbeit ist vertieft, wenn sie über das allgemeine

Kommentiert [MI2]:

Anmerkung:
Diese muss noch ausgearbeitet werden. Die Satzung der Europa-Universität Flensburg für binationale Promotionsverfahren würde nach bisherigem Planungsstand im Zuge dieser Überarbeitung in die Fk III gehoben und gleichsam umbenannt werden in „Satzung zu kooperativen Promotionsverfahren“ o.ä.

Kommentiert [MI3R2]: Hier würde zunächst eine Übergangsregelung aufgenommen werden, die besagt, dass vorerst die Satzung des Senats zu binationalen Promotionen Gültigkeit hat, bis eine eigene erlassen wurde. Vgl. u.s. § 26 Absatz 4.

Studienziel gemäß § 46 Absatz 1 HSG hinausgeht. Die Promotion wird nach erfolgreicher Promotionsprüfung verliehen.

(2) Das Promotionsverfahren beginnt mit der von den Bewerberinnen und Bewerbern beim Promotionsausschuss der Fakultät III zu beantragenden Zulassung zum Promotionsverfahren. Nach Erstellung der Dissertation kann die Zulassung der nach Maßgabe der Regelungen in Abschnitt 3 dieser Ordnung durchzuführenden Promotionsprüfung beantragt werden. Im Anschluss an eine erfolgreiche Promotionsprüfung ist die Dissertation gemäß § 20 zu veröffentlichen und wird die Promotion gemäß § 21 vollzogen.

§ 3 Beteiligte

An der Durchführung des Promotionsverfahren sind neben den Doktorandinnen und Doktoranden beteiligt:

1. der Promotionsausschuss gemäß § 4,
2. die Prüfungskommission gemäß § 5 und
3. die Gutachterinnen oder Gutachter gemäß § 6.

§ 4 Promotionsausschuss

(1) Die Fakultät III der Europa-Universität Flensburg bildet durch Wahl im Konvent einen Promotionsausschuss. Ihm obliegt die Organisation und Durchführung der Promotionsverfahren. Er entscheidet in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Promotionsverfahren, soweit nicht diese Promotionsordnung etwas anderes regelt.

(2) Der Promotionsausschuss setzt sich zusammen aus

1. fünf Angehörigen der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die vom Konvent für zwei Jahre gewählt werden,
2. zwei promovierten Mitgliedern der Gruppe des wissenschaftlichen Dienstes, die vom Konvent für zwei Jahre gewählt werden, und
3. zwei als Doktorandinnen und Doktoranden an der Hochschule eingeschriebene Studierende, die vom Konvent für ein Jahr gewählt werden.

(3) Der Promotionsausschuss wählt aus seiner Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und zwei Mitglieder zu stellvertretenden Vorsitzenden. Die oder der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden müssen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sein. Wiederwahl ist zulässig.

(4) Der Promotionsausschuss tagt nichtöffentlich. Beschlüsse werden nach Maßgabe von § 16 HSG in der jeweils geltenden Fassung gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die Einladungsfrist beträgt eine Woche.

(5) Die Mitglieder des Promotionsausschusses haben das Recht, jederzeit Einsicht in die Promotionsakten zu nehmen.

(6) Der Promotionsausschuss berichtet dem Konvent jährlich über den Sachstand.

§ 5 Prüfungskommission

(1) Der Promotionsausschuss bestellt für jede Doktorandin und jeden Doktoranden eine eigene Prüfungskommission. Die Prüfungskommission muss eine hinreichende fachliche Breite sichern und setzt sich in der Regel zusammen aus

1. einer Vorsitzenden oder eines Vorsitzenden gemäß **Absatz 2**,
2. den beiden Gutachterinnen oder Gutachtern gemäß **§ 6 Absatz 1**,
3. einem weiteren Mitglied der Fakultät III gemäß **Absatz 3**,
4. einer mit Blick auf die EUF externen Person unter den Voraussetzungen von **Absatz 4** und
5. gegebenenfalls weiteren Gutachterinnen und Gutachtern gemäß **Absatz 7**.

Der Promotionsausschuss kann im Ausnahmefall von dieser Zusammensetzung abweichen.

(2) Den Vorsitz der Prüfungskommission übernimmt ein vom Promotionsausschuss zu bestimmendes Mitglied des Promotionsausschusses aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

(3) Das weitere Mitglied der Prüfungskommission soll in der Regel Mitglied der Fakultät III sein. Es soll nicht dem Institut angehören, in welchem das Promotionsvorhaben betreut wird und muss dem Personenkreis aus **§ 6 Absatz 1** oder dem wissenschaftlichen Dienst gemäß **§ 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 HSG** angehören. Letztere müssen zudem promoviert sein, um Mitglied in der Prüfungskommission sein zu können.

(4) Sind alle Mitglieder der Prüfungskommission nach **Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3** zugleich Mitglied oder Angehörige der EUF, ist zusätzlich zu diesen Mitgliedern der Prüfungskommission eine mit Blick auf die EUF externe Person vom jeweiligen Fach zu bestellen. Dieses externe Mitglied soll der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören. Als externes Mitglied der Prüfungskommission können im Einzelfall auch Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die sich im Ruhestand befinden, Privatdozentinnen oder Privatdozenten, Habilitierte, Nachwuchsgruppenleiterinnen oder Nachwuchsgruppenleiter oder im Regelfall promovierte Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer einer Fachhochschule als Mitglied der Prüfungskommission bestellt werden. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die vor ihrem Ruhestand Mitglied der EUF waren, gelten nicht als externes Mitglied. **§ 6 Absatz 2 Satz 1** gilt entsprechend.

(5) Bei der Durchführung binationaler oder anderer kooperativer Promotionsverfahren gemäß **§ 1 Absatz 3** sollen bei der Zusammensetzung der Kommission Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer der Kooperationspartner angemessen berücksichtigt werden.

(6) Werden nach Maßgabe von **§ 15 Absatz 4** mehr als zwei Gutachten eingeholt oder gibt es eine Stellungnahme gemäß § 16 Absatz 3, sind die weiteren Gutachterinnen und Gutachter beziehungsweise ist die stellungnehmende Person zusätzlich zu den Personen aus **Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3** Teil der Kommission, sofern sie nicht erklären, auf die Mitgliedschaft in der Kommission zu verzichten.

§ 6 Gutachterinnen oder Gutachter

(1) Als Gutachterinnen oder Gutachter können bestellt werden:

1. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß **§ 13 Absatz 1 Nummer 1 HSG**,

Kommentiert [PM4]: Hier hat der Ausschuss mehrere Varianten diskutiert und sieht für alle Vor- und Nachteile. Sinnvolle Optionen finden sich im [Anhang \(Punkt2\)](#) erläutert.

2. Professorinnen oder Professoren im Ruhestand,
3. Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, sofern diese nicht bereits unter **Nummer 1** fallen,
4. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren der Europa-Universität Flensburg,
5. Habilitierte der Europa-Universität Flensburg,
6. promovierte Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer einer Fachhochschule oder
7. Leiterinnen und Leiter von selbst eingeworbenen Nachwuchsgruppen oder ERC-Grants.

Über Ausnahmen von **Satz 1** im Einzelfall entscheidet der Promotionsausschuss.

(2) Die Doktorandin oder der Doktorand schlägt Personen für die Begutachtung vor. In der Regel ist eine oder einer der beiden Gutachterinnen oder Gutachter die Betreuerin oder der Betreuer der Dissertation. Eine oder einer der beiden Gutachterinnen oder Gutachter soll Mitglied der Europa-Universität Flensburg angehören sein.

(3) Im Falle eines binationalen oder anderen gemeinsamen Promotionsverfahrens nach § 4 Absatz 3 kann die Erstgutachterin oder der Erstgutachter den Kooperationspartnern angehören. In diesem Fall soll die Zweitgutachterin oder der Zweitgutachter Mitglied der Europa-Universität Flensburg sein.

Kommentiert [PM5]: Überbleibsel.

§ 7 Betreuungsverhältnisse

(1) Die Promotionsvorhaben der Doktorandinnen und Doktoranden sollen von mindestens einer Person aus dem in **§ 6 Absatz 1** bestimmten Personenkreis betreut werden, die gleichzeitig Mitglied der EUF sind. **§ 6 Absatz 1 Satz 2** gilt entsprechend.

(2) Werden bei laufenden Promotionsverfahren Betreuungsverhältnisse begründet oder ändern sich Betreuungsverhältnisse im laufenden Promotionsverfahren, ist dies dem Promotionsausschuss anzuzeigen.

(3) Aus den Betreuungsverhältnissen begründen sich keine Rechte gegenüber der Fakultät III oder dem Promotionsausschuss, die über die Rechte des wissenschaftlichen Nachwuchses gegenüber der Fakultät III und dem Promotionsausschuss hinausgehen. Es wird eine Vorlage für eine Betreuungsvereinbarung im Anhang als Anlage dieser Satzung und allgemein zugänglich zur Verfügung gestellt, die für Betreuungen verwendet werden sollen.

Abschnitt 2 – Zulassung zum Promotionsverfahren

§ 8 Voraussetzungen für die Zulassung zum Promotionsverfahren

(1) Die Zulassung zum Promotionsverfahren setzt voraus, dass die Bewerberin oder der Bewerber

1. einen fachlich einschlägigen und zur Promotion qualifizierenden Hochschulabschluss gemäß **Absatz 2** vorweisen kann,
2. ein Thema für die Dissertation wählt, welches inhaltlich und methodisch einem der in den Instituten der Fakultät III vertretenen wissenschaftlichen Bereiche zuzuordnen ist,

3. nicht bereits im gleichen Fachgebiet erfolgreich promoviert worden ist,
4. nicht in Folge eines endgültigen Nichtbestehens erfolglos an einem Promotionsverfahren einer anderen Hochschule im gleichen Fachgebiet teilgenommen hat,
5. nicht vorbestraft ist für eine Tat, die einen Wissenschaftsbezug hat,
6. keine gewerbliche Promotionsvermittlung oder -beratung in Anspruch genommen hat und dies nicht im Laufe des Promotionsverfahrens unternehmen wird und
7. erklärt, dass die Promotionsordnung und die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis der Europa-Universität Flensburg zur Kenntnis genommen wurden und befolgt werden.

(2) Zur Promotion qualifizieren Master- und Magisterabschlüsse, Diplome und Staatsexamen an deutschen Universitäten, Fachhochschulen und vergleichbaren wissenschaftlichen Hochschulen. Der Hochschulabschluss und die dazugehörige Abschlussarbeit müssen fachlich einschlägig sein und mindestens mit der Note „gut“ bewertet worden sein. In begründeten Fällen kann der Promotionsausschuss Ausnahmen von **Satz 2** genehmigen.

(3) Abschlüsse an Bildungseinrichtungen im Ausland werden anerkannt, wenn diese den Abschlüssen aus **Absatz 2** gleichwertig sind. Als Grundlage für die Entscheidung des Promotionsausschusses dient in der Regel die Einschätzung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB), welcher die eingereichten Abschlussunterlagen in der Regel zugeschickt werden. Die Anerkennung kann von bestimmten Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden, wie zum Beispiel das Nachholen einer fehlenden wissenschaftlichen Abschlussarbeit oder die Ablegung von Kenntnisprüfungen.

§ 9 Verfahren zur Zulassung zum Promotionsverfahren

(1) Die Zulassung zum Promotionsverfahren ist zu beantragen. Der Antrag ist in Textform über die Geschäftsführung des Promotionsausschusses an dessen Vorsitzende oder Vorsitzenden zu richten. Dabei sollen Formulare verwendet werden, die allgemein zugänglich bereitgestellt werden.

(2) Mit dem Antrag sind einzureichen:

1. das Thema der Dissertation,
2. ein Lebenslauf der Bewerberin oder des Bewerbers,
3. das Abschlusszeugnis gemäß **§ 8 Absatz 2** im Original oder als beglaubigte Kopie,
4. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers darüber, ob sie oder er für Taten mit einem Wissenschaftsbezug bestraft wurde und ob gegen sie oder ihn in diesem Sinne ein Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig ist, sowie die Versicherung, ein während des Promotionsverfahrens eingeleitetes Ermittlungsverfahren in diesem Sinne unverzüglich anzuzeigen,
5. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers, ob und mit welchem Erfolg sie oder er sich bereits einem anderen Promotionsverfahren unterzogen hat,
6. eine Erklärung, dass die Promotionsordnung und die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis der Europa-Universität Flensburg zur Kenntnis genommen und befolgt werden,
7. eine Betreuungsvereinbarung gemäß **§ 7**, sofern eine solche vorhanden ist; sie soll nicht älter als 6 Monate sein.

(3) Im Falle einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 8 Absatz 2 Satz 3 ist zusätzlich zu den Unterlagen in Absatz 2 eine formlose Bestätigung erforderlich, dass die erbrachten Studienleistungen der Bewerberin oder des Bewerbers entweder für eine Zulassung zum Promotionsverfahren hinreichend oder weitere und gegebenenfalls welche Studienleistungen zu erbringen sind. Diese Bestätigung kann, sofern vorhanden, von der Betreuerin oder dem Betreuer verfasst werden oder von einer Person, welche die Voraussetzungen aus § 6 Absatz 1 erfüllt. Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn eine gegebenenfalls erteilte Auflage nicht fristgerecht erfüllt wird. Die Doktorandin oder der Doktorand ist vor dem Widerruf zu hören.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend, wenn keine hinreichende fachliche Nähe zwischen den bisherigen Studienleistungen und dem Thema der Dissertation besteht.

(5) Im Falle eines kooperativen Promotionsverfahrens im Sinne des § 1 Absatz 3 ist spätestens mit dem Antrag nach Absatz 1 ein Antrag auf Durchführung eines kooperativen Promotionsverfahrens unter Nennung der Kooperationspartner und der dort für diesen Regelungsgegenstand zuständigen Personen zu stellen.

(6) Nach Vollständigkeit der Unterlagen entscheidet der Promotionsausschuss in der Vorlesungszeit in der Regel innerhalb von 8 Wochen über den Antrag. Liegen die Voraussetzungen des § 8 vor, erteilt der Promotionsausschuss die Zulassung zum Promotionsverfahren. Andernfalls ist der Antrag abzulehnen. Mit der Zulassung zum Promotionsverfahren erhält die Bewerberin oder der Bewerber den Status einer Doktorandin oder eines Doktoranden der EUF. Steht lediglich die Entscheidung über die Anerkennung gemäß § 8 Absatz 3 Satz 2 aus und liegen die übrigen Voraussetzungen für die Zulassung vor, kann der Promotionsausschuss eine Zulassung unter der Bedingung im Sinne des § 107 Absatz 2 Nummer 2 LVwG erteilen, dass die Entscheidung über Anerkennung positiv ausfällt. Spätestens nach dem Ablauf von einem Jahr nach bedingter Zulassung muss eine finale Entscheidung durch den Promotionsausschuss getroffen werden.

(7) Die Bewerberin oder der Bewerber erhält über die Zulassung oder die Ablehnung einen schriftlichen Bescheid, der im Falle der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(8) Die Zulassung zum Promotionsverfahren wird widerrufen, wenn nach Ablauf von sechs Jahren seit der Zulassung zum Promotionsverfahren kein Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung gestellt wird. Auf formlosen Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden ist eine Verlängerung um jeweils zwei Jahre möglich. Vor dem Widerruf ist die Doktorandin oder der Doktorand anzuhören. Ein erneuter Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren ist auch nach erfolgtem Widerruf möglich.

§ 10 Einschreibung als Promotionsstudierende

(1) Nach Zulassung zum Promotionsverfahren müssen sich Doktorandinnen und Doktoranden zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Doktorandin oder als Doktorand an der EUF nach Maßgabe der Einschreibordnung der EUF einschreiben. Sie müssen bis zum Abschluss der mündlichen Prüfung an der EUF eingeschrieben bleiben. In Härtefällen kann der Promotionsausschuss Ausnahmegenehmigungen erteilen; Absatz 2 Satz 1 findet dann keine Anwendung.

(2) Die Zulassung zum Promotionsverfahren oder zur Promotionsprüfung kann bei einem Verstoß gegen die Einschreibpflicht widerrufen werden. Vor dem Widerruf ist die Doktorandin oder der Doktorand zu hören.

Abschnitt 3 – Promotionsprüfung

§ 11 Gegenstand und Ablauf der Promotionsprüfung

- (1) Die Promotionsprüfung besteht aus der Anfertigung einer schriftlichen, selbstständigen und wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung in Form einer Disputation. Sie ist insgesamt bestanden, wenn beide Teile der Prüfung mindestens mit „rite“ (befriedigend) bestanden wurden.
- (2) Nach Fertigstellung der Dissertation ist die Zulassung zur Promotionsprüfung nach den Regelungen der §§ 12 bis 14 zu beantragen.
- (3) Mit der Zulassung zur Promotionsprüfung leitet der Promotionsausschuss das Begutachtungsverfahren nach Maßgabe von § 15 ein.
- (4) Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens entscheidet der Promotionsausschuss über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation gemäß § 16.
- (5) Im Falle einer Annahme der Dissertation wird die Disputation gemäß § 17 durchgeführt.
- (6) Nach bestandener Disputation wird die Promotionsleistung insgesamt gemäß § 18 bewertet und das Promotionsverfahren damit abgeschlossen.

§ 12 Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotionsprüfung

- (1) Die Zulassung zur Promotionsprüfung setzt voraus, dass die Doktorandin oder der Doktorand
1. eine Dissertation nach Maßgabe von § 14 angefertigt hat und sie inhaltlich und methodisch einem der in den Instituten der Fakultät III vertretenen wissenschaftlichen Bereiche zuzuordnen ist,
 2. nicht bereits im gleichen Fachgebiet erfolgreich promoviert worden ist,
 3. nicht in einem Promotionsverfahren in demselben Fach wie dem Fach der hier gegenständlichen Dissertation an einer anderen Hochschule endgültig gescheitert ist,
 4. kein weiteres Promotionsverfahren für das gleiche Fach an einer anderen Hochschule anhängig ist,
 5. nicht vorbestraft ist für eine Tat, die einen Wissenschaftsbezug hat und kein Ermittlungs- oder Strafverfahren wegen solcher Straftaten anhängig ist,
 6. erklärt, dass die Promotionsordnung und die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis der Europa-Universität Flensburg zur Kenntnis genommen und befolgt wurden, und
 7. seit mindestens zwei Semestern an der EUF als Promotionsstudierende nach Maßgabe von Absatz 3 eingeschrieben ist.
- (2) Im Falle einer kumulativen Dissertation nach § 14 Absatz 2 ist dem Antrag eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden beizufügen, ob die fachspezifischen Voraussetzungen für kumulative Dissertationen nach Maßgabe von § 14 Absatz 2 in Verbindung mit den Anlagen 1 – 3 erfüllt sind. Besteht ein Betreuungsverhältnis im Sinne des § 7, ersetzt abweichend von Satz 1 eine entsprechende Erklärung von der Betreuerin oder dem Betreuer die Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden. Besteht kein Betreuungsverhältnis, entscheidet der Promotionsausschuss über die Frage, ob die fachspezifischen Kriterien erfüllt werden, auf Grundlage einer beim fachlich einschlägigen Institut

einzuholenden Stellungnahme. Besteht kein Betreuungsverhältnis, kann die Doktorandin oder der Doktorand vor dem Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung beim Promotionsausschuss im Rahmen einer Vorabprüfung die verbindliche Feststellung beantragen, dass die fachspezifischen Kriterien erfüllt sind.

(3) Die Voraussetzung aus Absatz 1 Nummer 7 ist erfüllt, wenn die Doktorandin oder der Doktorand im Semester der Antragstellung und mindestens einen Tag im davorliegenden Semester als Promotionsstudentin oder Promotionsstudent and EUF gemäß § 10 eingeschrieben war.

§ 13 Verfahren zur Zulassung zur Promotionsprüfung

(1) Die Zulassung zur Promotionsprüfung ist zu beantragen. Der Antrag ist in Textform über die Geschäftsführung des Promotionsausschusses an dessen Vorsitzende oder Vorsitzenden zu richten. Formulare werden auf der Homepage der Europa-Universität Flensburg bereitgestellt.

(2) Mit dem Antrag sind einzureichen:

1. die Dissertation in drei identischen, gebundenen Exemplaren mit jeweils einer anonymisierten Ausfertigung in elektronischer Form,
2. Erklärungen zu § 12 Absatz 1 Nummer 2 – 6,
3. der Nachweis über die Einschreibung als Doktorandin oder Doktorand gemäß § 10 Absatz 1 in Verbindung mit den Regelungen in der Einschreibordnung,
4. der Name der Betreuerin oder des Betreuers, sofern vorhanden, und
5. zwei Vorschläge für die Gutachterinnen und Gutachter nach Maßgabe von § 6.

(3) Im Falle der Zulassung zur Promotionsprüfung bestellt der Promotionsausschuss die Gutachterinnen und Gutachter.

(4) Die Doktorandin oder der Doktorand erhält über die Zulassung oder die Ablehnung einen schriftlichen Bescheid, der im Falle der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(5) Mit der Zulassung ist die Promotionsprüfung eröffnet.

§ 14 Dissertation

(1) Die Dissertation ist eine selbständige wissenschaftliche Arbeit und muss den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse erweitern. Sie ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. Der Promotionsausschuss kann im begründeten Einzelfall auch andere Sprachen zulassen. In diesem Fall ist beim Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung eine Zusammenfassung der Arbeit in deutscher oder englischer Sprache für die hochschulöffentliche Auslage beizufügen.

(2) Anstelle einer Dissertationsschrift kann auch eine Sammlung mehrerer wissenschaftlicher Publikationen anfertigt werden, die in ihrer Gesamtheit eine gleichwertige Leistung zu einer Dissertationsschrift darstellen (kumulative Dissertation). Die fachspezifischen Voraussetzungen werden auf Antrag eines Faches oder einer Fachdisziplin in Rückgriff auf die Fachgesellschaften durch den Konvent als Anlage zu dieser Promotionsordnung erlassen (Anlagen 2 bis 6). Dabei sind die allgemeinen Kriterien für kumulative Dissertationen zu beachten (Anlage 1). Die Anlagen 1 bis 6 sind Bestandteil dieser Satzung. Vor Änderungen

der allgemeinen oder der fachspezifischen Kriterien ist der Promotionsausschuss anzuhören. Der Konvent kann, nach Stellungnahme des Promotionsausschusses, fachunabhängige Mindestanforderungen an kumulative Dissertationen als Anlage zu dieser Satzung erlassen.

(3) In der Dissertation ist anzugeben, welche Hilfsmittel benutzt worden sind und wann die Arbeit abgeschlossen worden ist.

(4) Die Dissertation ist mit folgender Versicherung der Doktorandin oder des Doktoranden zu versehen: „Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und andere als in der Dissertation angegebene Hilfsmittel nicht benutzt habe; die aus anderen Quellen (einschließlich digitale Quellen, KI und mündliche Kommunikation) direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind ausnahmslos unter genauer Quellenangabe als solche kenntlich gemacht. Zentrale Inhalte der Dissertation sind nicht schon zuvor für eine andere Qualifikationsarbeit verwendet worden. Insbesondere habe ich nicht die Hilfe sogenannter Promotionsberaterinnen oder Promotionsberater in Anspruch genommen. Dritte haben von mir weder unmittelbar noch mittelbar Geld oder geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen. Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt. Auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung und die strafrechtlichen Folgen einer, auch fahrlässigen, falschen oder unvollständigen eidesstattlichen Versicherung und die Bestimmungen der §§ 156, 161 StGB bin ich hingewiesen worden.“

(5) Kommerzielle Transkriptionen und redaktionelles Lektorat fallen nicht unter die Regelung des **Absatz 4**, sind also zulässig.

§ 15 Begutachtungsverfahren

(1) Mit der Zulassung zur Promotionsprüfung bestellt der Promotionsausschuss unter Berücksichtigung der Vorschläge der Doktorandin oder des Doktoranden zwei Gutachterinnen und Gutachter nach Maßgabe von **§ 6**.

(2) Die Gutachterinnen und Gutachten erstellen zur Dissertation jeweils unabhängig voneinander und innerhalb von **8** Wochen nach Zusendung der Dissertation ein schriftliches Gutachten zur Dissertation.

(3) Die Gutachterinnen und Gutachter schlagen in den Gutachten die Annahme, die Ablehnung oder eine Überarbeitung der Dissertation nach Maßgabe von **§ 16 Absatz 4** vor. Das Gutachten muss einen Notenvorschlag enthalten. Mögliche Noten sind „summa cum laude“ („mit Auszeichnung“), „magna cum laude“ („sehr gut“), „cum laude“ („gut“), „rite“ („befriedigend“) oder „insufficienter“ („nicht bestanden“). Ein Annahmevorschlag kann mit der Formulierung von Auflagen für die Publikation verbunden werden.

(4) Der Promotionsausschuss kann ein zusätzliches Gutachten einholen, wenn die vorliegenden Gutachten keine ausreichende Entscheidungsgrundlage bieten; diese Entscheidung ist zu begründen und der Doktorandin oder dem Doktoranden schriftlich mitzuteilen.

(5) Ist eine Gutachterin oder ein Gutachter nach Bestellung durch den Promotionsausschuss dauerhaft an der Fertigstellung des Gutachtens gehindert, bestellt der Promotionsausschuss nach Anhörung der Doktorandin oder des Doktoranden eine andere Gutachterin oder einen anderen Gutachter. Der Promotionsausschuss entscheidet in diesem Fall nach Anhörung der Doktorandin oder des Doktoranden über den Fortgang der

Promotionsprüfung und insbesondere darüber, wie mit einem bereits eingegangenen Gutachten umgegangen wird.

(6) Die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses legt nach Eingang der beiden Gutachten die Dissertation mit den Gutachten mindestens vier Wochen lang hochschulöffentliche aus. Die Auslage muss mindestens zwei Wochen in der Vorlesungszeit liegen. Beträgt die Auslage aufgrund von vorlesungsfreien Zeiten mindestens zwei Monate, muss die Auslage in der Vorlesungszeit nur mindestens eine Woche andauern. Der in § 6 Absatz 1 genannte Personenkreis sowie promovierte Mitglieder der Gruppe des wissenschaftlichen Dienstes gemäß § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 HSG sind berechtigt, in die ausliegende Dissertation und in die Gutachten Einsicht zu nehmen, sofern sie Mitglied der EUF sind. Der in § 6 Absatz 1 genannte Personenkreis ist darüber hinaus berechtigt, innerhalb der Auslegungsfrist gegenüber der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, sofern sie Mitglied der EUF sind. Die Sätze 1 bis 3 gelten für weitere Gutachten nach § 15 Absatz 2 entsprechend.

(7) Mit der Auslage werden die Gutachten in digitaler Form an die Doktorandin oder den Doktoranden verschickt. Satz 1 gilt für weitere Gutachten nach § 15 Absatz 4 entsprechend.

§ 16 Annahme oder Ablehnung der Dissertation

(1) Die schriftliche Promotionsleistung ist bestanden, wenn die Dissertation vom Promotionsausschuss angenommen wurde.

(2) Der Promotionsschuss entscheidet unter Berücksichtigung aller eingeholten Gutachten und der Stellungnahmen nach Absatz 3 über Annahme oder Ablehnung der Dissertation sowie die Benotung der Dissertation. Mögliche Noten sind „summa cum laude“ („mit Auszeichnung“), „magna cum laude“ („sehr gut“), „cum laude“ („gut“), „rite“ („befriedigend“) oder „insufficienter“ („nicht bestanden“). Für eine Annahme ist mindestens ein „rite“ (befriedigend) erforderlich. Die Entscheidung der Annahme der Arbeit kann mit verbindlich zu erfüllenden Auflagen für die Publikation verbunden werden. Die Doktorandin oder der Doktorand erhält über die Annahme oder die Ablehnung einen schriftlichen Bescheid, der im Falle der Ablehnung zu begründen und mit einer Rechtsbeihilfsbelehrung zu versehen ist.

(3) Die Note „summa cum laude“ setzt zwei Gutachten mit übereinstimmenden Notenvorschlägen und eine ergänzende vergleichende Stellungnahme zu den vorliegenden Gutachten einer Person aus dem Personenkreis gemäß § 6 Absatz 1 voraus. Mindestens ein Gutachten oder die vergleichende Stellungnahme muss von einer Person erstellt werden, welche nicht Mitglied und nicht Angehörige der EUF ist. § 5 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Abweichend von Absatz 2 kann der Promotionsausschuss einmalig pro Promotionsprüfungsverfahren beschließen, die Doktorandin oder den Doktoranden vor der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation zu einer Überarbeitung aufzufordern und für die Wiedervorlage eine Frist von in der Regel einem Jahr zu setzen. Die Gutachterinnen und Gutachter für die überarbeitete Dissertation sollen nach Möglichkeit dieselben sein wie die zur ursprünglichen Dissertation.

(5) Die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses gibt der Doktorandin oder dem Doktoranden die Entscheidung über die Annahme, Ablehnung oder Überarbeitung nach Absatz 4 schriftlich per Bescheid bekannt. Im Falle einer Ablehnung oder einer

Aufforderung zur Überarbeitung ist der Bescheid zu begründen und mit einer Rechtsbeihilfsbelehrung zu versehen.

§ 17 Disputation

(1) Nach der Annahme der Dissertation bestellt der Promotionsausschuss die weiteren Mitglieder der Prüfungskommission, legt auf Vorschlag der Doktorandin oder des Doktoranden den Termin für die Disputation fest und lädt die Doktorandin oder den Doktoranden sowie die Mitglieder der Prüfungskommission mindestens zwei Wochen vor der Disputation ein. Zeitgleich ist die Hochschulöffentlichkeit zu informieren. Die Prüfungskommission muss vollständig vertreten sein. Im Verhinderungsfall eines Mitglieds ist kurzfristig ein Ersatztermin anzuberaumen.

(2) Die hochschulöffentliche Disputation besteht aus einem mindestens 30-minütigen und längstens 45-minütigen Vortrag und einer anschließenden Diskussion, in der die Doktorandin oder der Doktorand die Ergebnisse der Dissertation auch in den Zusammenhang der wissenschaftlichen Disziplin einordnet. Die Disputation soll mindestens 90 Minuten, längstens 120 Minuten dauern. Sie soll in der Vorlesungszeit und in der Sprache Deutsch oder Englisch stattfinden. Der oder die Vorsitzende der Prüfungskommission kann Fragen der Hochschulöffentlichkeit zulassen.

(3) Auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden kann von der Prüfungskommission die Öffentlichkeit oder können ausgewählte Nichtmitglieder zugelassen werden. Der Antrag ist rechtzeitig vor der Einladung zur Disputation bei der Geschäftsführung des Promotionsausschusses zu stellen.

(4) Die Disputation findet in Präsenz der Prüfungskommission sowie der Doktorandin oder des Doktoranden statt. Auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden beim Promotionsausschuss können einzelne Mitglieder der Prüfungskommission, die Doktorandin oder der Doktorand oder alle Mitglieder der Prüfungskommission und die Doktorandin oder der Doktorand mittels digitaler Medien an der Disputation teilnehmen. Für die Durchführung gelten die allgemeinen Regelungen der Rahmenprüfungsordnung für elektronische Prüfungen entsprechend.

(5) Die Prüfungskommission entscheidet, ob die Doktorandin oder der Doktorand die Disputation bestanden oder nicht bestanden hat und vergibt für die Disputation eine Note entsprechend der Notenskala in § 15 Absatz 3.

(6) Über die Disputation wird ein Protokoll angefertigt, aus dem die Gründe der Leistungsbewertung hervorgehen. Das Protokoll wird von den Mitgliedern der Prüfungskommission unterzeichnet.

§ 18 Bewertung der Promotionsleistungen

(1) Unmittelbar nach Beendigung der Disputation berät die Prüfungskommission das Gesamtergebnis der Promotionsleistungen und vergibt eine ungeteilte Gesamtnote entsprechend der Notenskala in § 15 Absatz 3. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Die Gesamtnote der Promotion wird aus der Note der Dissertation und der Note der mündlichen Prüfung gebildet. Der schriftlichen Leistung kommt dabei besonderes Gewicht zu. Die Note „summa cum laude“ kann nur vergeben werden, wenn alle Teilprüfungsleistungen mit „summa cum laude“ bewertet wurden.

Kommentiert [MI6]:

Anmerkung:

Diese Fragestellung ist mit der Zusammensetzung der Prüfungskommission verknüpft (vgl. Kommentar zu § 5 Absatz 1). Je größer die Prüfungskommission desto schwieriger wird es, die Vollständigkeit absolut zu setzen. Möglich erscheint auch eine Mindestanzahl. Es muss jedenfalls klar sein, welche Mitglieder fernbleiben können und welche nicht.

Kommentiert [PM7R6]: s. Anhang (Punkt 2)

Kommentiert [PM8]: Neben dieser Variante wurde auch eine weitere für sinnvoll erachtet. Die Vor- und Nachteile der beiden Optionen sind im Anhang (Punkt 3) eigens vermerkt.

Kommentiert [MI9]: Anmerkung:

Die Frage der hybriden Disputation ist verknüpft mit der Zusammensetzung der Prüfungskommission (vgl. oben § 5 Absatz 1).

Kommentiert [PM10R9]: s. dazu den betreffenden Anhang (Punkt 4)

(3) Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission teilt der Bewerberin oder dem Bewerber das Ergebnis mündlich mit.

(4) Hat die Doktorandin oder der Doktorand die Disputation bestanden, erhält die Doktorandin oder der Doktorand von der oder dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses einen schriftlichen Bescheid darüber, dass die Dissertation angenommen und die Disputation erfolgreich abgeschlossen worden ist (Prüfungsbestätigung). Der Bescheid enthält den Hinweis, dass vor Aushändigung der Promotionsurkunde der Doktorgrad nicht geführt werden darf.

(5) Der Doktorandin oder dem Doktoranden ist nach Abschluss des Prüfungsverfahrens auf Antrag Einsicht in die betreffenden Prüfungsakten zu gewähren.

§ 19 Wiederholung und Rücktritt von der Promotionsprüfung

(1) Eine bestandene Promotionsprüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Bei einer Ablehnung der Dissertation ist das Promotionsverfahren zunächst beendet. Ein erneuter Antrag auf Zulassung zur Promotion ist nur einmal und nicht vor Ablauf eines Jahres zulässig.

(3) Die Möglichkeit der Überarbeitung der Dissertation gemäß § 16 Absatz 4 kann nur einmal je Promotionsprüfungsverfahren gewährt werden. Absatz 2 bleibt unberührt.

(4) Eine nicht bestandene Disputation kann nur einmal und frühestens nach sechs, spätestens nach 18 Monaten wiederholt werden. Besteht die Doktorandin oder der Doktorand auch die Wiederholungsprüfung nicht, ist das Promotionsverfahren beendet. Ein erneuter Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist dann nicht mehr zulässig.

(5) Ein Rücktritt ist stets durch formlose Mitteilung an den Promotionsausschuss zu erklären. Ein Rücktritt von der gesamten Promotionsprüfung ist nur wirksam, solange kein Gutachten über die Dissertation vorliegt. Ein solcher Rücktritt bewirkt die Beendigung der Promotionsprüfung; in diesem Fall ist die Zulassung zur Promotionsprüfung neu zu beantragen. Bei einem wirksamen Rücktritt nach Terminierung der Disputation, ist in angemessener Frist, spätestens jedoch im folgenden Semester, ein neuer Termin für die Disputation anzusetzen. Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen zum Rücktritt in der Rahmenprüfungsordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

Abschnitt 4 – Veröffentlichung und Vollzug der Promotion

§ 20 Veröffentlichung der Dissertation

(1) Nach erfolgreichem Abschluss der Promotionsprüfung hat die Doktorandin oder der Doktorand die Dissertation in der vom Promotionsausschuss genehmigten Fassung, gegebenenfalls in Umsetzung inhaltlicher oder redaktioneller Auflagen nach Absatz 6, in angemessener Weise zu veröffentlichen und so der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

(2) Die Veröffentlichungsobligation wird durch Ablieferung von vier Druckexemplaren erfüllt, wenn die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erfolgt oder ein gewerblicher Verlag die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und die Veröffentlichung als eine an der Europa-Universität Flensburg angenommene Dissertation ausgewiesen ist.

(3) Die Veröffentlichungsobliegenheit ist ebenfalls erfüllt, wenn die Dissertation über die Zentrale Hochschulbibliothek Flensburg (ZHB) in allgemein zugänglichen elektronischen Medien verfügbar gemacht wird. Ablieferung und Publikation einer elektronischen Version ist nach den Vorgaben der ZHB zu gestalten. Außerdem muss beim Promotionsausschuss ein gebundenes Exemplar abgeliefert werden.

(4) Der Promotionsausschuss kann im Einzelfall weitere Veröffentlichungsformen gestatten.

(5) Die Ablieferung hat innerhalb von zwei Jahren nach der Disputation zu erfolgen. Hält die Doktorandin oder der Doktorand die gesetzte Frist schulhaft nicht ein, so erlöschen grundsätzlich alle durch die Promotion erworbenen Rechte. Auf begründeten Antrag kann der Promotionsausschuss die Frist jeweils um ein Jahr auf höchstens fünf Jahre verlängern.

(6) Sind gemäß § 16 Absatz 2 Satz 4 vom Promotionsausschuss Auflagen für die Veröffentlichung auf Vorschlag mindestens einer Gutachterin oder eines Gutachters nach Maßgabe von § 15 Absatz 3 Satz 4 erteilt worden, ist die Erfüllung durch die jeweilige Gutachterin oder den jeweiligen Gutachter auf Veranlassung der Doktorandin oder des Doktoranden gegenüber dem Promotionsausschuss zu bestätigen. Wurden Auflagen für die Veröffentlichung vom Promotionsausschuss aufgrund von Stellungnahmen im Rahmen der Auslage erteilt, ist die Bestätigung nach Satz 1 beim Promotionsausschuss einzuholen.

(7) Eine Änderung des Titels bei Veröffentlichung der Dissertation ist dem Promotionsausschuss vorher anzuseigen. Im Falle eines veränderten Buchtitels ist der Originaltitel zusammen mit dem Dissertationshinweis in der Innentitelei zu führen.

§ 21 Vollzug der Promotion

(1) Hat die Doktorandin oder der Doktorand alle von der Promotionsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt, so wird ihr oder ihm die durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses und die Dekanin oder den Dekan unterzeichnete Promotionsurkunde ausgehändigt. Sie enthält den erteilten Doktorgrad (auch in Langform), den Titel der Dissertation, die Gesamtnote sowie die Teilnoten von Dissertation und Disputation und wird auf den Tag der mündlichen Prüfung datiert. Das Führen des Doktorgrades vor Aushändigung der Promotionsurkunde ist nicht zulässig.

(2) Das Promotionsverfahren ist mit der erfolgreichen Disputation abgeschlossen. Die Examifikulation als Promotionsstudentin oder Promotionsstudent erfolgt zum Ende des Semesters, in dem die Disputation erfolgreich absolviert wurde.

Abschnitt 5 – Sonstige Regelungen

§ 22 Anerkennung besonderer Bedürfnisse

(1) Den besonderen Bedürfnissen der Doktorandin oder des Doktoranden ist gemäß § 3 Absatz 5 HSG in Verbindung mit § 52 Absatz 2 Satz 2 Nummer 14 HSG Rechnung zu tragen.

(2) Für Anträge auf Nachteilsausgleiche gelten die Bestimmungen der Rahmenprüfungsordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 23 Täuschung, Entziehung des Doktorgrades

- (1) Versucht eine Bewerberin oder ein Bewerber, im Antragsverfahren der Zulassung zum Promotionsverfahren oder zur Promotionsprüfung zu täuschen, so kann die Zulassung jeweils abgelehnt werden.
- (2) Versucht eine Doktorandin oder ein Doktorand, das Ergebnis seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die dies betreffende Prüfungsleistung abgelehnt beziehungsweise mit „insufficienter“ („nicht bestanden“) bewertet. In schwerwiegenden Fällen eines Täuschungsversuchs kann der Promotionsausschuss eine Wiederholung der Prüfung ausschließen.
- (3) Ergibt sich ein Fehlverhalten gemäß Absatz 1 erst nach der jeweiligen Zulassungentscheidung, so können diese jeweils unter den Voraussetzungen der §§ 112 ff. Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (LVwG) zurückgenommen werden. Bereits erbrachte Leistungen im Rahmen der Promotionsprüfung werden für ungültig erklärt.
- (4) Ergibt sich ein Fehlverhalten gemäß Absatz 1 oder 2 erst nach Aushändigung der Promotionsurkunde, so kann der Doktorgrad entzogen und können alle die dies betreffenden Entscheidungen jeweils unter den Voraussetzungen der §§ 112 ff. LVwG zurückgenommen werden. Gleiches gilt, wenn nach Aushändigung der Promotionsurkunde ein erhebliches wissenschaftliches Fehlverhalten oder eine Straftat begangen wird, die einen Wissenschaftsbezug hat.
- (5) Die Entziehung nach Absatz 4 erfolgt auf Beschluss des Konvents durch die Dekanin oder den Dekan.
- (6) Der Widerruf eines ehrenhalber verliehenen Doktorgrades erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten auf Vorschlag des Konvents. Dessen Beschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder.
- (7) Vor den Entscheidungen nach Absatz 1 bis 6 ist der Betroffenen oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung ist jeweils zu begründen und der Betroffenen oder dem Betroffenen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung bekanntzugeben.

§ 24 Widerspruchsverfahren und Überdenkung

- (1) Ablehnende Entscheidungen im Rahmen des Promotionsverfahrens sind in Form eines schriftlichen Bescheides mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung zu erteilen und der Doktorandin oder dem Doktoranden bekanntzugeben.
- (2) Für alle Widersprüche, ob gegen Entscheidungen des Promotionsausschusses oder des Promotionsausschusses, ist der Promotionsausschuss zuständig.
- (3) Im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens gegen die Entscheidung des Promotionsausschusses, die Dissertation abzulehnen oder zur Überarbeitung zurückzugeben, gegen die Bewertung der Disputation oder gegen die Gesamtbewertung durch die Prüfungskommission wird ein Überdenkungsverfahren durchgeführt, wenn die Doktorandin oder der Doktorand substantielle Einwendungen gegen die jeweilige Bewertung vorbringt. Die für die Begutachtung beziehungsweise Bewertung der betroffenen Promotionsleistung zuständigen Beteiligten sind verpflichtet, ihre Begutachtungs- beziehungsweise Bewertungsentscheidung innerhalb von 8 Wochen zu überdenken. Das Ergebnis ist in einer schriftlichen Stellungnahme der für die Begutachtung beziehungsweise Bewertung der betroffenen Promotionsleistung zuständigen Beteiligten, welche die für das Ergebnis wesentlichen

Beweggründe beinhalten muss, zu dokumentieren und dem Promotionsausschuss zu übermitteln.

(4) Das Überdenkungsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Bewertung der betroffenen Promotionsleistung führen.

§ 25 Ehrenpromotion

(1) Durch die Verleihung des Doktorgrades ehrenhalber kann eine Persönlichkeit aufgrund hervorragender wissenschaftlicher, künstlerischer oder gesellschaftlicher Leistungen ausgezeichnet werden. Die zu ehrende Persönlichkeit darf nicht Mitglied der Europa-Universität Flensburg sein und soll wissenschaftlich oder künstlerisch mit der Europa-Universität Flensburg verbunden sein.

(2) Die Verleihung einer Ehrenpromotion kann auf Antrag erfolgen. Der Antrag kann von jedem Mitglied der Fakultät III formlos beim Promotionsausschuss der Fakultät III gestellt werden und ist zu begründen. Der Promotionsausschuss prüft den Antrag auf Geeignetheit und holt bei Bejahung zwei Gutachten ein. Ein Gutachten soll von einer Professorin oder einem Professor der EUF erstellt werden und ein weiteres von einer Person, die nicht Mitglied oder Angehörige oder Angehöriger der EUF ist. Die Gutachten sollen eine Empfehlung an den Promotionsausschuss enthalten.

(3) Kommt der Promotionsausschuss zu dem Schluss, dass der Antrag geeignet ist, legt er dem Konvent den Antrag, die Gutachten und eine Beschlussempfehlung zur Entscheidung über die Verleihung vor. Den Doktorgrad ehrenhalber zu verleihen, bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Konvents.

(4) Die Ehrenpromotion wird durch Überreichen einer von der Dekanin oder dem Dekan und der Präsidentin oder dem Präsidenten unterzeichneten Urkunde vollzogen, in der die Leistungen der zu promovierenden Persönlichkeit gewürdigt werden.

Abschnitt 6 – Schlussbestimmungen

§ 26 Übergangsbestimmungen

(1) Für Doktorandinnen oder Doktoranden, die ihren Antrag auf Zulassung zu Promotionsprüfung vor dem Inkrafttreten dieser Promotionsordnung bei der Fakultät III gestellt haben, gilt die Promotionsordnung der Fakultät III vom 23. August 2023 (NBI. HS MBWFK Schl.-H., S. 81) bis zum Ende ihres gesamten Promotionsverfahrens. Wurde über den Antrag noch nicht vom Promotionsausschuss entschieden, kann der Antrag formlos zurückgenommen und vom Wahlrecht in **Absatz 2** Gebrauch gemacht werden.

(2) Doktorandinnen oder Doktoranden, die vor dem Inkrafttreten dieser Promotionsordnung zum Promotionsverfahren zugelassen wurden und die bis zum Ablauf des **XX. XX 202X** einen Antrag auf Zulassung zur Promotionsprüfung stellen, können wählen, ob für ihre Promotionsprüfung bis zur Beendigung des gesamten Promotionsverfahrens die Promotionsordnung der Fakultät III vom 23. August 2023 (NBI. HS MBWFK Schl.-H., S. 81) oder diese Promotionsordnung gelten soll. Die Wahl ist formlos beim Promotionsausschuss der Fakultät III einzureichen und unwiderruflich.

(3) Doktorandinnen oder Doktoranden, die vor Inkrafttreten der Promotionsordnung vom 23. August 2023 (NBI. HS MBWFK Schl.-H., S. 81) zum Promotionsverfahren zugelassen

Kommentiert [MI11]: Bei den Fakultäten wurde hier ein Zeitraum von ca. einem halben Jahr als Übergangszeitraum bestimmt. Das ist rechtlich in Ordnung und dürfte praktisch ausreichend sein, um sich einzustellen.

wurden und die als anvisierten Doktorgrad „Ph.D.“ angegeben haben, kann dieser Doktorgrad auch verliehen werden.

(4) Bis zum Inkrafttreten einer Satzung der Fakultät III der EUF für kooperative Promotionsverfahren gilt für Promotionsverfahren nach § 1 Absatz 3 die Satzung des Senats der Europa-Universität Flensburg für binationale Promotionsverfahren vom 21. Januar 2020 (NBl. HS MBWK Schl.-H., S. 4).

§ 27 Inkrafttreten, Außerkrafttreten.

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Promotionsordnung der Fakultät III vom 23. August 2023 (NBl. HS MBWFK Schl.-H., S. 81) außer Kraft.

Flensburg, den **XX. XXXX 202X**

Prof. Dr. **XX, Dekan** der Fakultät III der Europa-Universität Flensburg

Anlagen

Anlage 1 (zu § 14 Absatz 2)

Allgemeine Kriterienliste für kumulative Dissertationen

1. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
2. Im Falle der publikationsbasierten Dissertation ist die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften durch einen einleitenden, substanzienen Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
3. Die mindestens erforderliche Anzahl der Publikationen ist zu definieren (gegebenenfalls inklusive Gewichtung nach Ko- oder Erstautorinnenschaften beziehungsweise Ko- oder Erstautorenschaften).
4. Der Anteil der Artikel, die im Peer-Review Verfahren zu publizieren sind, ist zu definieren.
5. Ob und in welchem Ausmaß Ko-Autorinnenschaften oder Ko-Autorenschaften zulässig sind und ob und in welchem Ausmaß Allein- oder/und Erstautorinnenschaften beziehungsweise Allein- oder/und Erstautorenschaften gefordert werden, ist zu definieren. Ob und in welchem Ausmaß Publikationen auch Gegenstand anderer (abgeschlossener oder laufender) Dissertationen sein dürfen, ist zu definieren. Die Anteile aller Ko-Autorinnen oder Ko-Autoren an der jeweiligen Publikation sind aufzuführen, und die jeweils vom Fach definierten, zum Zeitpunkt der Einreichung geltenden Kriterien sind in die Dissertation mit abzudrucken, zum Beispiel im Anhang.
6. Ob und in welchem Ausmaß die Publikationen eingereicht und/oder angenommen sein müssen, ist zu definieren. Der Publikationspflicht ist nachgekommen, wenn der Rahmentext mit Verweis auf die publizierten Artikel in der ZHB veröffentlicht wird. Artikel, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Dissertationsschrift nicht bereits zur Veröffentlichung angenommen sind, müssen als Manuskriptfassung im Rahmentext abgedruckt werden.
7. Ob und inwieweit Ko-Autorinnenschaften oder Ko-Autorenschaften eine Gutachterinntätigkeit oder Gutachtertätigkeit ausschließen, ist zu definieren.
8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein (zum Beispiel der kumulativen Habilitation).
9. Die eingereichten Fachartikel dürfen nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.

Anlage 2 (zu § 14 Absatz 2)

Kriterienliste für kumulative Dissertationen in den Fächern Politikwissenschaften und Soziologie

1. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
 2. Im Falle der publikationsbasierten Dissertation ist die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften durch einen einleitenden, substanzienlen Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
 3. Die kumulative Dissertation besteht aus mindestens drei mit dem Ziel der Publikation in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift mit Peer-Review-Verfahren verfassten Forschungsartikeln.
 4. Davon müssen alle Artikel zum Zeitpunkt der Abgabe der Dissertation bei einer solchen Zeitschrift nachweislich zur Begutachtung eingereicht worden sein. Mindestens ein Artikel muss bereits nachweislich zur Publikation angenommen worden sein.
 5. Dabei muss
 - a. mindestens ein Artikel in Alleinautorinnen- beziehungsweise Alleinautorenschaft verfasst sein;
 - b. mindestens ein weiterer Artikel als „Lead Author“ verfasst sein; dies bedeutet eine Arbeitsleistung mehr als 50 % und Verantwortung für den konzeptionellen Rahmen;
 - c. mindestens ein weiterer Artikel mit mindestens 50 % Arbeitsbeteiligung, der auch durch zwei Artikel, bei denen die addierte Arbeitsleistung mindestens 50 % entspricht, ersetzt werden kann, verfasst sein.
- Die jeweiligen Anteile an der Arbeitsleistung müssen im Manuskript nachvollziehbar dokumentiert werden.
6. Die Arbeitsleistungen anderer, die an den unter Punkt 5 aufgeführten Gemeinschaftsleistungen beteiligt waren, können im Rahmen der mit diesen Personen verbundenen Dissertationsverfahren berücksichtigt werden.
 7. Die an der Begutachtung der Dissertation beteiligten Hochschullehrerinnen beziehungsweise Hochschullehrer können an maximal zwei der zur Dissertation eingereichten Artikel beteiligt sein.
 8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein, zum Beispiel der kumulativen Habilitation.
 9. Die eingereichten Fachartikel dürfen nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.

Anlage 3 (zu § 14 Absatz 2)

Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Bereich Energiewissenschaften

1. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
2. Im Falle der publikationsbasierten Dissertation ist die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften durch einen einleitenden, substanziellen Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
3. Mindestanzahl von Publikationen: Die Arbeit muss aus mindestens drei wissenschaftlichen Artikeln und einem einleitenden Rahmentext bestehen. Der einleitende Rahmentext soll einen Umfang von mindestens 25.000 Zeichen haben.
4. Peer-review Kriterien: Alle Artikel müssen zur Publikation in peer-review Zeitschriften vorgesehen sein.
5. Ko-Autorenschaften beziehungsweise Ko-Autorinnenschaften: Mindestens ein Artikel muss in Alleinautorenschaft beziehungsweise Alleinautorinnenschaften oder zwei Artikel in Erstautorinnenschaft beziehungsweise Erstautorenschaft geschrieben werden. Publikationen dürfen auch Gegenstand anderer, abgeschlossener oder laufender Dissertationen der Ko-Autorinnen beziehungsweise Ko-Autoren sein. Die Beiträge aller Ko-Autoren beziehungsweise Ko-Autorinnen an der jeweiligen Publikation sind in einer Erklärung anzugeben, die der Dissertation beizufügen ist, zum Beispiel im Anhang.
6. Publikationsstatus: Mindestens drei Artikel müssen bei peer-review Zeitschriften eingereicht sein. Mindestens zwei dieser Publikationen müssen zur Publikation angenommen, aber noch nicht zwingend veröffentlicht, sein. Artikel, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Dissertationsschrift nicht bereits zur Veröffentlichung angenommen sind, müssen als Manuskriptfassung zusammen mit dem Rahmentext abgegeben werden. Der Publikationspflicht ist nachgekommen, wenn der Rahmentext mit Verweis auf die anderen Artikel in der ZHB veröffentlicht wird.
7. Ko-Autorinnenschaften beziehungsweise Ko-Autorenschaften und Gutachterinnentätigkeit beziehungsweise Gutachtertätigkeit schließen sich nicht aus. Mindestens ein Gutachter bzw. eine Gutachterin darf jedoch keine Ko-Autor beziehungsweise Ko-Autorin den eingereichten Publikationen sein.
8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein, zum Beispiel der kumulativen Habilitation.
9. Die eingereichten Fachartikel dürfen nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.

Anlage 4 (zu § 14 Absatz 2)

Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Psychologie

1. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
2. Im Falle der publikationsbasierten Dissertation ist die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften durch einen einleitenden, substanzienlen Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
3. Der kumulativen Dissertation müssen mindestens drei Manuskripte in Erstautorinnen-schaft beziehungsweise Erstautorenschaft zugrunde liegen.
4. Alle Manuskripte müssen im peer-review-Verfahren publiziert sein/werden (siehe Punkt 6).
5. Erstautorinnenschaften beziehungsweise Erstautorenschaften sind Voraussetzung; Ko-Autorinnenschaften beziehungsweise Ko-Autorenschaften sind zulässig. Die Anteile aller Ko-Autorinnen beziehungsweise Ko-Autoren an der jeweiligen Publikation sind detailliert aufzuführen: i die Formulierung der Fragestellung; ii die Konzeption der Studien(n); iii die Durchführung und Auswertung der Studie(n); beziehungsweise ii/iii Durchführung der theoretischen Analysen; iv das Verfassen des Textes; und die jeweils vom Fach definierten, zum Zeitpunkt der Einreichung geltenden Kriterien sind in die Dissertation mit abzudrucken, zum Beispiel im Anhang. Damit können Publikationen nicht Gegenstand anderer, abgeschlossener oder laufender Dissertationen sein.
6. Alle Manuskripte müssen eingereicht sein; von diesen müssen mindestens zwei Manuskripte angenommen sein. Der Publikationspflicht ist nachgekommen, wenn der Rahmentext mit Verweis auf die publizierten Artikel in der ZHB veröffentlicht wird. Artikel, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Dissertationsschrift nicht bereits zur Veröffentlichung angenommen sind, müssen als Manuskriptfassung im Rahmentext abgedruckt werden.
7. Höchstens ein Gutachter beziehungsweise eine Gutachterin darf auch Ko-Autorin beziehungsweise Ko-Autor von der Dissertationsschrift zugrundeliegenden Manuskripten sein.
8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein, zum Beispiel der kumulativen Habilitation.
9. Die eingereichten Fachartikel dürfen nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.

Anlage 5 (zu § 14 Absatz 2)

Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Wirtschaftswissenschaften

1. Die kumulative Dissertation besteht aus mindestens drei qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen beziehungsweise Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
2. Die Fachartikel sind zusammen mit einer Einführung in gebundener Form einzurichten. Die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften ist durch einen einleitenden, substanzien Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
3. Mindestens einer der Fachartikel ist von der oder dem Promovierenden alleine erstellt worden.
4. Ko-Autorenschaften beziehungsweise Ko-Autorinnenschaften sind unter Beachtung der folgenden Maßgaben möglich: Jeder Ko-Autor beziehungsweise jede Ko-Autorin leistet einen wesentlichen Beitrag gemäß der „DFG-Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ in der jeweils gültigen Fassung. Die Ko-Autorinnen beziehungsweise Ko-Autoren unterzeichnen eine formlose Erklärung, die den jeweiligen Beitrag jeder Ko-Autorin und jedes Ko-Autors auflistet und die Einhaltung der DFG-Richtlinien bestätigt. Diese Erklärung ist Bestandteil der Dissertation.
5. Höchstens eine Gutachterin beziehungsweise ein Gutachter darf auch Ko-Autor beziehungsweise Ko-Autorin von der Dissertationsschrift zugrundeliegenden Fachartikeln sein.
6. Die Fachartikel sollen das Potenzial aufweisen, in hochrangigen, referierten Fachzeitschriften, auf internationalem Niveau publiziert zu werden. Sind die Fachartikel nicht bereits in dieser Form erschienen oder zur Veröffentlichung angenommen, so haben die Gutachterinnen beziehungsweise Gutachter abzuschätzen, ob dieses Qualitätsniveau erreicht wird.
7. Neben der inhaltlichen Beurteilung der Fachartikel haben die Gutachterinnen beziehungsweise Gutachter auch die Einhaltung der oben genannten Anforderungen an eine kumulative Dissertation zu prüfen und in ihren Gutachten festzustellen.
8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein, zum Beispiel der kumulativen Habilitation. Sie dürfen zudem nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.
9. Der Publikationspflicht ist nachgekommen, wenn der Rahmentext mit Verweis auf die publizierten Artikel in der ZHB veröffentlicht wird. Artikel, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Dissertationsschrift nicht bereits zur Veröffentlichung angenommen sind, müssen als Manuskriptfassung im Rahmentext abgedruckt werden.

Anlage 6 (zu § 14 Absatz 2)

Kriterienliste für kumulative Dissertationen im Fach Erziehungswissenschaft

1. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen.
2. Im Falle der publikationsbasierten Dissertation ist die inhaltliche Zusammengehörigkeit der eingereichten Schriften durch einen einleitenden, substanzienlen Beitrag zum theoretischen Rahmen, zur Einordnung in die aktuellen fachlichen Diskussionen und zum Stand der Forschung nachzuweisen. Darüber hinaus sind die Forschungsergebnisse an geeigneter Stelle in der Dissertationsschrift zu reflektieren und zu bewerten.
3. Die kumulative Dissertation besteht aus einer Reihe von qualifizierten Fachartikeln. Die Fachartikel sind jeweils unter Angabe der Autorinnen und Autoren und bisher erfolgter Veröffentlichungen aufzunehmen. In der Summe der Arbeiten muss eine Punktzahl von mindestens 3 (P) erreicht werden. Für die Berechnung des Punktwerts jeder Arbeit gilt die Formel $P = 2/(n+1)$ mit n als der Anzahl der Autorinnen und Autoren. Es gibt keine Gewichtung von Erst- oder Ko-Autorinnenschaft beziehungsweise Erst- oder Ko-Autorenschaft.
4. Mindestens eine der eingereichten Publikationen muss peer-reviewed sein.
5. Ko-Autorinnenschaften beziehungsweise Ko-Autorenschaften sind unter Beachtung der folgenden Maßgaben möglich:
 - a. Mindestens zwei der Fachartikel sind von der oder dem Promovierenden alleine erstellt worden.
 - b. Nicht mehr als zwei der Fachartikel in Ko-Autorenschaft bzw. Ko-Autorinnenschaft dürfen Gegenstand einer anderen, laufenden oder abgeschlossenen Dissertation sein.Die Anteile aller Ko-Autoren beziehungsweise Ko-Autorinnen an der jeweiligen Publikation sind aufzuführen.
6. Die Publikationen müssen mindestens angenommen sein. Der Publikationspflicht ist nachgekommen, wenn der Rahmentext mit Verweis auf die publizierten Artikel in der ZHB veröffentlicht wird. Artikel, die zum Zeitpunkt der Einreichung der Dissertationsschrift nicht bereits zur Veröffentlichung angenommen sind, müssen als Manuskriptfassung im Rahmentext abgedruckt werden.
7. Ko-Autorinnen beziehungsweise Ko-Autoren können nicht als Gutachterin beziehungsweise Gutachter fungieren.
8. Die Fachartikel, die als kumulative Dissertation angenommen werden, können nicht Gegenstand einer weiteren Prüfung derselben Person sein, zum Beispiel der kumulativen Habilitation.
9. Die eingereichten Fachartikel dürfen nicht aus einer früheren Qualifikationsarbeit stammen.

Anhang

zum Entwurf der neuen Promotionsordnung der Fakultät III

1.	Argumente für einen Dr.-Ing. an der EUF, Fak. III	
	(s. § 1)	1
2.	Verschiedene Vorschläge zur Zusammensetzung und Größe der Prüfungskommission sowie hinsichtlich der Anwesenheit bei der Disputation	
	(s. u.a. § 5 und 17 (1))	4
3.	Alternative Vorschläge hinsichtlich der Dauer der Disputation	
	(s. § 17 (2))	7
4.	Alternative Vorschläge zur Form der Abhaltung der Disputation	
	(s. § 17 (4))	9

1. Argumente für einen Dr.-Ing. an der EUF, Fak. III

Prof. Dr. Bernd Möller, Prof. Dr. Frauke Wiese, Prof. Dr. Claudia Werner, Prof. Dr. Pao-Yu Oei, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, Prof. Dr. Torsten Faber, Prof. Dr. Clemens Jauch, Prof. Dr. Hinrich Uellendahl, Prof. Dr. David Schlipf, Interdisziplinäres Institut für Umwelt-, Sozial- und Humanwissenschaften, Fakultät III.

Anlass

Die Revision der Promotionsordnung der Fakultät III hat die Möglichkeit weiterer Doktorgrade eröffnet.

Warum einen technischen Doktorgrad?

Die meisten der in den Energiewissenschaften durchgeführten Promotionen an der EUF wurden bisher mit einem Dr.rer.pol. abgeschlossen, was insofern korrekt war, wenn die Dissertationen sich ohne Bedenken den Wirtschaftswissenschaften zuordnen ließen. In einigen Fällen jedoch waren Themen in höherem Maße technischer Natur, wobei die Deutung der Fachlichkeit den betreuenden Professoren überlassen war. Dies ist, insbesondere bei Promotionsarbeiten, welche in Kooperation mit eher technischen Fakultäten durchgeführt werden, oft keine adäquate Vorgehensweise. Für andere war das Verleihen eines PhD zwischenzeitlich ein möglicher Kompromiss. Eine Anzahl von Promotionsanfragen, die auf einen Dr.-Ing. abzielten, mussten in der Vergangenheit abgesagt werden, wodurch die Außenwirkung der Energiewissenschaften gelitten hat. Daher soll für Promotionsthemen, die eher technischer Natur sind, als auch bei Kooperationen mit technischen Hochschulen, die Möglichkeit eines Doktorgrades der technischen Wissenschaften gegeben werden.

Die Energiewissenschaften sind sich einig, dass ein Dr.-Ing. die technisch-wissenschaftliche Kompetenz stärken und innovative, fachübergreifende Projekte, etwa im Rahmen des neuen Landesschwerpunktes Energiewende, durch interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern kann. Damit kann auch die Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes erhöht werden, etwa durch Verbesserung der internationalen Sichtbarkeit und der Attraktivität der Universität für talentierte Ingenieure und Wissenschaftler. Mehrere Aspekte, die der Wissenschaftsrat bei der Begehung des

Bereichs Energiewissenschaften hervorholen, können durch einen technischen Doktorgrad angegangen werden, etwa der Bereich Innovation und Industriekooperation, wo der Dr.-Ing. verstärkt den Technologietransfer und die Zusammenarbeit mit der Industrie fördern und Innovationen im Bereich nachhaltige Energien vorantreiben kann. Im Bereich der Akquisition von Fördermitteln und Forschungsprojekten erhöht die Möglichkeit eines Dr.-Ing. die Attraktivität für Fördermittelgeber und die Beteiligung an renommierten Forschungsprojekten. Schließlich kann durch die Anbindung an regionale Energiecluster und globale Partnerschaften der Dr.-Ing. die wirtschaftliche und wissenschaftliche Position der Universität durch regionale und globale Vernetzung stärken.

Erfüllung der Voraussetzungen für einen Dr.-Ing.

Nach Einschätzung von Ingmar Matzen ist das wichtigste Kriterium ein einschlägiger Master, im Zusammenhang damit auch entsprechende professorale Vertretung, wobei es Spielraum gibt. Weiterhin sind Außendarstellung und die Qualitätssicherung elementar zu beachten.

An der Europa-Universität Flensburg einschließlich ihrer Vorgängerinstitutionen gibt es seit 1989 einschlägige Studiengänge mit energiewissenschaftlichem Bezug: den M.Sc. Appropriate Rural Technologies and Extension Skills (ARTES, 1989 – 1999), den M.Sc. Sustainable Energy Systems and Management (SESAM, 2000 – 2009) und insbesondere, zunächst als Diplom-Ingenieursstudiengang angeboten, Energie- und Umweltmanagement (1997 – 2009), gefolgt vom M.Eng. Energie- und Umweltmanagement (2009-2025) und ab diesem Jahr dem M.Eng. Sustainable Energy. Daneben kooperiert die EUF mit dem M.Sc. Wind Energy Engineering an der Hochschule Flensburg. Hiermit hat sich eine Tradition interdisziplinärer Ingenieursstudiengänge an der EUF gebildet, die in Kooperation mit der Hochschule Flensburg angeboten werden und eine hohe Sichtbarkeit und Wahrnehmung genießen. Als Wirtschaftsingenieursstudium akkreditiert, ist die bundesweit einmalige Kooperation einer Universität mit einer Hochschule der angewandten Wissenschaften auf dem Gebiet der interdisziplinären Energiewissenschaften, welche sich im gemeinsamen Zentrum für Nachhaltige Energiesysteme (ZNES) materialisiert, eine gute Voraussetzung für Promotionsstudien sowohl in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften als auch in den technischen Wissenschaften. Insgesamt fünf Zweitmitglieder der Fakultät mit einer technischen Ausrichtung in den Energiewissenschaften und vier professorale Mitglieder der EUF mit einer (wirtschafts-)ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung garantieren eine fachliche Verankerung.

Das Kriterium der Außenwirkung, die mit der Einführung eines Dr.-Ing. erzeugt wird, wird ernst genommen. Als bisher durch Bildungs-, Sozial- und Humanwissenschaften bekannte und profilierte Universität besteht das Risiko, dass die Universität zu wenig Bekanntheit für ihre technische Forschung hat, um ihre Verortung in den technischen Wissenschaften zu begründen. Zwei bedeutende Entwicklungen der letzten Jahre haben allerdings dazu geführt, dass dies sich gerade ändert. Zum einen hat die EUF zahlreiche Forschungsprojekte im Bereich der Energiewende federführend im Bereich der Energiesystemmodellierung, der Open Data Sciences, und anderer eher zu den technischen Fachbereichen zählenden Bereiche durchgeführt und ist damit bundesweit und international bekannt geworden. Zum anderen hat die EUF mittlerweile fünf forschungsaktive Zweitmitglieder von der Hochschule Flensburg, die mit ihrer überwiegend technischen Forschung die Fachlichkeit stärken und deren zahlreichen Promotionsstudierenden in Erst- und Zweitbetreuung überwiegend technisch forschen und bewusst einen technischen Doktorgrad bzw. einen PhD (in dem Zeitfenster wo dies möglich war) anstreben.

Das Kriterium der Außenwirkung lässt sich auch umgekehrt anwenden: die Profilierung der Energiestudien am Hochschulstandort Flensburg, vom Bachelor- über das Master- bis zum Promotionsstudium, erfordert eine starke Außenwirkung, die auch durch das Vorhandensein von den Bedarfen angepasster Promotionsstudien in Form eines Dr.-Ing. umfasst. Hiermit verbinden die Energiewissenschaften eine Stärkung der Fachlichkeit, eine verbesserte Anziehungskraft für neue

Studierende, sowie eine verbesserte internationale Sichtbarkeit durch eine Erweiterung der fachlichen Breite und Qualität, die bisher ausschließlich auf den wirtschaftswissenschaftlichen Bereich begründet war. Auch ergeben sich durch Einführung eines technischen Doktorgrades erweiterte Möglichkeiten zu fachlichen Kooperationen mit nationalen und internationalen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Die Möglichkeiten im Bereich Netzwerkbildung, Drittmittelakquise und Technologietransfer können durch eine Aufwertung der technischen Forscherausbildung verbessert werden.

Insbesondere mit einer Erhöhung der Publikationsfrequenz in den technischen Bereichen durch die Annahme technikorientierter, publikationsbasierter Dissertationen, als auch durch die Einbindung von externen Fachgutachtern von anderen Universitäten ergibt sich ein Potential zur Qualitätssicherung der Forschung in Umfang und Breite.

2. Verschiedene Vorschläge zur Zusammensetzung und Größe der Prüfungskommission sowie hinsichtlich der Anwesenheit bei der Disputation
Marion Pollmanns auf Basis der Diskussion im Promotionsausschuss

Zur Erläuterung: Die Prüfungskommission hält die Disputation ab und bewertet diese; sie vergibt – unter Einbeziehung der Note für die schriftliche Leistung – die Gesamtnote für die Promotion.

Nach geltender Fassung ist sie im Normalfall dreiköpfig (die zwei Gutachter_innen der schriftlichen Leistung und der/die Vorsitzende_r (aus dem Ausschuss)); wurde ein drittes Gutachten eingeholt, kann der/die Verfasser_in ebenfalls als Kommissionsmitglied an der Disputation teilnehmen (muss es aber nicht).

Vorschläge:

Zum Zweck der Qualitätssicherung und auch dazu, eine höhere fachliche Beteiligung bei der Prüfung zu erzielen, wurde über die Vergrößerung der Kommission und das Stimmrecht des Vorsitzes nachgedacht; auch bestimmte Vorgaben für die Zusammensetzung wurden diskutiert.

Diese Festlegungen wirken sich auf die Frage aus, wie viele bzw. welche Mitglieder der Kommission bei der Disputation anwesend sein müssen, dass diese stattfinden kann. Daher sollten diese Aspekte zusammen betrachtet werden.

Der Ausschuss sieht bei jeder Entscheidung Vor- und Nachteile, weshalb er dem Konvent favorisierte Optionen vorstellen möchte. Als Ausgangspunkt dient die Option, die aktuelle Praxis beizubehalten.

Option A: Beibehalten der aktuellen Regelung – auch in Bezug auf die Anwesenheit bei der Disputation

Kommission besteht aus

- den zwei Gutachter_innen, von denen eine_r der Europa-Universität Flensburg angehört,¹
- einem vorsitzführenden Mitglied des Promotionsausschusses (aus der Gruppe der Hochschullehrer_innen) und
- gegebenenfalls einem_r weiteren Gutachter_in (im Fall von Drittgutachten).

Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

Vorteile (relativ zu B):

- *praktikabel und kein erhöhter Arbeitsaufwand*
- *Vorsitz verfügt über Verfahrenswissen, das zur Überwachung der Rechtmäßigkeit der Prüfung bedeutsam ist.*

Nachteile (relativ zu B):

- *geringe fachliche Kontrolle*
- *keine Sicherstellung rein fachlicher Expertise bei der Beurteilung (da Vorsitz nicht notwendig fachkundig)*

Konsequenz aus Option A: Vorschlag zu notwendigen Anwesenheiten im Rahmen der Disputation (§ 17):

In dem Fall, dass die Kommission nicht vergrößert wird, soll die aktuelle Regelung beibehalten werden. D.h., dass die Prüfungskommission vollständig vertreten sein muss (wobei die Teilnahme des

¹ Zweitmitglieder sind dabei Erstmitgliedern gleichgestellt; sie gelten in Fragen der Promotion als „EUF-intern“.

Drittgutachters/der Drittgutachterin fakultativ ist) und im Verhinderungsfall eines Mitglieds kurzfristig ein Ersatztermin anzuberaumen ist.

Option B: Vergrößerung der Kommission in zwei Varianten – und Konsequenz bzgl. der Anforderungen der Anwesenheit zur Disputation

Option B.1: „Unbedingte“ Vergrößerung

Kommission besteht aus

- einem vorsitzführenden Mitglied des Promotionsausschusses (ohne generelles Stimmrecht),
- den beiden Gutachter_innen,
- einem weiteren Mitglied der Fakultät III (Gruppe der Hochschullehrer_innen),
- einer mit Blick auf die EUF externen, fachlich einschlägigen Person (Gruppe der Hochschullehrer_innen) und
- gegebenenfalls weiteren fachlich einschlägigen Gutachter_innen (im Fall von Drittgutachten).

Bei Stimmengleichheit erhält der oder die Vorsitzende eine Stimme, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Vorteile (relativ zu A):

- *höhere fachliche Kontrolle*
- *breitere Beteiligung der Fakultät*
- *Sicherstellung rein fachlicher Expertise bei der Beurteilung*

Nachteile (relativ zu A):

- *erhöhter Arbeitsaufwand*
- *Zunahme praktischer Probleme bspw. der Terminabstimmung*

Option B.2: „Bedingte“ Vergrößerung

Kommission besteht aus

- einem vorsitzführenden Mitglied des Promotionsausschusses (ohne generelles Stimmrecht),
- den beiden Gutachter_innen,
- einem weiteren Mitglied der Fakultät III (Gruppe der Hochschullehrer_innen), *wenn ein_r der Gutachter_innen EUF-extern ist*
- einer mit Blick auf die EUF externen, fachlich einschlägigen Person (Gruppe der Hochschullehrer_innen), *wenn beide Gutachter_innen Mitglied der EUF sind und*
- gegebenenfalls weiteren fachlich einschlägigen Gutachter_innen (im Fall von Drittgutachten).

Bei Stimmengleichheit erhält der oder die Vorsitzende eine Stimme, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Vorteile (relativ zu A):

- *moderat höhere fachliche Kontrolle*
- *moderat breitere Beteiligung der Fakultät*
- *Sicherstellung rein fachlicher Expertise bei der Beurteilung*

Nachteile (relativ zu A):

- *moderat erhöhter Arbeitsaufwand*
- *moderate Zunahme praktischer Probleme, bspw. der Terminabstimmung*

Konsequenz von *beiden* B-Optionen: Vorschlag zu notwendigen Anwesenheiten im Rahmen der Disputation (§ 17):

Um praktische Probleme bei der Terminfindung in Rechnung zu stellen, könnte in Bezug auf die notwendige Anwesenheit Spielraum geschaffen werden. Allerdings stellt sich die Frage, ob sich dann die Vorteile der Vergrößerung überhaupt einstellten.

Als Kompromisslösung schlägt der Ausschuss im Fall von B vor:

Bei der Disputation müssen anwesend sein, damit diese stattfinden kann:

- das vorsitzführende Mitglied des Promotionsausschusses (ohne generelles Stimmrecht) und
- die beiden Gutachter_innen;
- sowie das weitere Mitglied der Fakultät III (Gruppe der Hochschullehrer_innen) *oder*
- eine die Blick auf die EUF externe, fachlich einschlägige Person (Gruppe der Hochschullehrer_innen).

Die Teilnahme des Drittgutachters/der Drittgutachterin ist fakultativ.

3. Alternative Vorschläge hinsichtlich der Dauer der Disputation

Marion Pollmanns auf Basis der Diskussion im Promotionsausschuss

Zur Erläuterung: Die Disputation (mündliche Prüfung im Rahmen der Promotion) setzt sich zusammen aus einem Vortrag des/der Kandidaten/in und einer Diskussion. Im Anschluss daran berät sich die Kommission; danach wird das Resultat mitgeteilt.

Die geltende Ordnung sieht zeitliche Vorgaben für den Vortrag („längstens 45-minütig“) und die Gesamtdauer (Summe der Dauer des Vortrags und der Diskussion) vor. Diese Gesamtdauer ist mit „mindestens 90, längsten 120 Minuten“ beziffert.

Da nahezu alle Vortragenden die 45 Minuten ausschöpfen, bedeutet dies, dass die Diskussion mindestens 45 Minuten und maximal 75 Minuten dauert. Erfahrungsgemäß sind 90-minütige Disputationen selten.

Stand der Diskussion im Ausschuss:

Der Wert des mündlichen Teils der Prüfung wurde sowohl unter Gesichtspunkten der Qualitätssicherung als auch unter jenem der Würdigung der Arbeit hoch veranschlagt. Gleichwohl wird der zeitliche Aufwand zu begrenzen versucht, den die Abhaltung einer Disputation bedeutet – ein Ziel, das an Bedeutung gewinnt, je mehr Personen teilnehmen (s. Punkt 2.).

Einigkeit besteht darin, dass Vorträge im Umfang von 30 Minuten ausreichend sein können und den zeitlichen Aufwand senken, ohne die Qualitätssicherung zu vernachlässigen.

Einigkeit besteht auch darin, dass für die Diskussion hinreichend viel Zeit sein muss – zumal, wenn die Zahl der Mitglieder der Kommission erhöht wird.

Auch zu diesem Punkt hat der Ausschuss (nur) Optionen skizziert, die ihm grundsätzlich sinnvoll erscheinen; der Konvent ist aufgefordert, Vor- und Nachteile dieser jeweiligen Varianten abzuwägen.

Vorschläge:

Option A: Bestimmung der Untergrenze der Dauer des Vortrags

Da die aktuelle Begrenzung der Vortragszeit nach oben praktisch wie eine Zielmarke wirkt (nahezu kein Vortrag dauert kürzer als 45 Minuten), spricht sich der Ausschuss in jedem Fall für eine Änderung aus. Mindestens sollte also dies geschehen:

In § 17 (2) der Musterordnung wird als Untergrenze 30 Minuten eingefügt:

Die hochschulöffentliche Disputation besteht aus einem mindestens 30-minütigen und längstens 45-minütigen Vortrag und einer anschließenden Diskussion, in der die Doktorandin oder der Doktorand die Ergebnisse der Dissertation auch in den Zusammenhang der wissenschaftlichen Disziplin einordnet. Die Disputation soll mindestens 90 Minuten, längstens 120 Minuten dauern.

Vorteile (relativ zu B):

- *Anreiz zu kürzeren Vorträgen*
- *ausreichend Zeit für die Diskussion (mindestens 45 bis maximal 90 Minuten)*
- *Korridor für die Gesamtlänge erlaubt ein flexibles Vorgehen*

Nachteile (relativ zu B):

- *ein kürzerer Vortrag führt nicht unbedingt zu einer kürzeren Disputation*
- *es könnte zu einem für eine Disputation unpassenden Verhältnis aus 30-minütigem Vortrag und 90-minütiger Befragung kommen*
- *große Bandbreite vor allem in Bezug auf die Länge der Diskussion*

Option B: Bestimmung einer knapperen Obergrenze der Dauer des Vortrags und einer Anpassung der zeitlichen Begrenzung der Diskussion

In § 17 (2) der Musterordnung wird die Dauer der Disputation mit 30 und der Diskussion mit 60 Minuten bestimmt; die Angabe über die Gesamtdauer entfällt:

Die hochschulöffentliche Disputation besteht aus einem 30-minütigen Vortrag und einer anschließenden 60- bis 75-minütigen Diskussion, in der die Doktorandin oder der Doktorand die Ergebnisse der Dissertation auch in den Zusammenhang der wissenschaftlichen Disziplin einordnet.

Vorteile (relativ zu A):

- *effektive zeitliche Begrenzung der Vorträge*
- *effektive Begrenzung der Gesamtlänge (maximal 105 Minuten)*
- *ausreichend Zeit für Diskussion (mind. 60 Minuten)*
- *flexibles Vorgehen bei der Diskussion weiterhin möglich – in Abhängigkeit zum „Frageaufkommen“*

Nachteil (relativ zu A):

- *Formalisierung durch starre Zeitvorgabe für den Vortrag*

4. Alternative Vorschläge zur Form der Abhaltung der Disputation

Marion Pollmanns auf Basis der Diskussion im Promotionsausschuss

Mit der Neufassung soll geregelt werden, ob Disputationen nur in Präsenz oder auch digital bzw. hybrid möglich sind.

Stand der Diskussion im Ausschuss:

Es besteht Einigkeit, dass die Abhaltung in Präsenz den Normalfall darstellt. Dafür sprechen sowohl Aspekte der Qualitätssicherung (besserer Austausch untereinander) und der Würdigung der Arbeit des Kandidaten/ der Kandidatin (soziale Form).

Daher werden rein digitale Disputationen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch, dass der Doktorand/ die Doktorandin nicht in Präsenz teilnimmt.

Hinsichtlich der Frage, ob hybride Disputationen ermöglicht werden sollen, ergibt sich kein einheitliches Bild.

- Einige argumentieren, in manchen Fällen sprächen praktische Notwendigkeit dafür, dass Personen sich zuschalten – und das sollte möglich sein.
- Andere weisen auf die technische Anfälligkeit hybrider Sitzungen hin, denen seitens des Vorsitzes meist nicht effektiv begegnet werden könne.
- Zudem argumentieren sie, hybride Lösungen führen unvermeidlich zu unterschiedlichen Partizipationschancen der Teilnehmenden.

Vorschläge:

Option A: Ermöglichung von hybriden Disputationen

Der betreffende Absatz in § 17 der Musterordnung sollte dann lauten:

(4) Die Disputation findet in Präsenz der Prüfungskommission sowie der Doktorandin oder des Doktoranden statt. Auf Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden beim Promotionsausschuss können einzelne Mitglieder der Prüfungskommission in begründeten Fällen mittels digitaler Medien an der Disputation teilnehmen. [...]

Als „begründeten Fall“ wird im Ausschuss etwa die Teilnahme von Kolleg_innen aus dem (entfernten) Ausland erachtet.

Diese Option sollte besonders dann erwogen werden, wenn die Kommission vergrößert wird (s. 2).

Vorteile (relativ zu B):

- *In begründeten Fällen kann eine pragmatische Lösung gefunden werden, die eine Verzögerung des Abschlusses der Promotion vermeidet.*
- *Präsenz wird als Normalfall gesetzt.*

Nachteile (relativ zu B):

- *Das Auftreten technischer Schwierigkeiten der Übertragung o.ä. kann dazu führen, dass eine Disputation abgebrochen und neu angesetzt werden muss.*
- *unterschiedliche Partizipationschancen der Beteiligten*

Option B: Untersagen von hybriden Disputationen

Der betreffende Absatz in § 17 der Musterordnung sollte dann lauten:

(4) Die Disputation findet in Präsenz der Prüfungskommission sowie der Doktorandin oder des Doktoranden statt.

Vorteile (relativ zu A):

- *Präsenz wird als Normalfall gesetzt und gesichert.*
- *Technische Schwierigkeiten der Übertragung o.ä. können nicht auftreten.*

Nachteile (relativ zu A):

- *Terminfindungsprobleme werden zunehmen.*
- *Beteiligung von Personen, die vergleichsweise weit entfernt sind, wird erschwert.*